Gedanken zu einem Zeitdokument

In der „Illustrierten Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19" heißt es: „Die Mehrheit der Intelligenz ... stand der Revolution feindlich gegenüber. Für viele Vertreter der bürgerlichen wissenschaftlichen Intelligenz brach mit der Niederlage der kaiserlichen Armeen, der revolutionären Erhebung der Arbeiter und Soldaten und dem Sturz der Monarchie eine Welt zusammen. Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse versuchte eine Anzahl von Akademikern, sich den neuen Verhältnissen — wenigstens vorübergehend — anzupassen. Doch die Mehrheit nahm schon bald offen gegen die Revolution Stellung." Diese Einschätzung trifft auch auf den Lehrkörper der Universität Leipzig zu, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß eine Minderheit unter den Studenten sich zur Revolution bekannte.

Wer die nebenstehend abgebildete Akte aus dem Universitätsarchiv zur Hand nimmt, vermutet sicherlich, über ungeheuerliche Vorfälle aufgeklärt zu werden. Doch ihn erwartet eine aufschlußreiche Enttäuschung. Dem alten System verhaftete Hochschullehrer ließen keine Gelegenheit außer acht, um sich beim sächsischen Kultusministerium oder beim Rektor über Mißverständnisse und Lappalien wortreich zu beschweren.

So beklagte sich ein Professor, daß ein Soldat ihm das Betreten eines Universitätsgebäudes verweigert habe. Obwohl sich nach wenigen Minuten herausstellte, daß es sich um ein Mißverständnis handelte, nahm er diesen Vorfall zum Anlaß, um langatmig zu begründen, „daß derartige Vorkommnisse im höchsten Maße aufreizend wirken müssen und daß ein solches anscheinend ungesetzliches Vorgehen leicht zu Tätlichkeiten führen kann."

Die Akte zeugt ferner davon, wie sich Lehrkörper und Studenten unter den Losungen der Konterrevolution formierten und sich die Universität dem Bürgerstreik anschloß. G. K./G. S.

60. Jahrestag

November-revolution

Gründung der KPD

Symbol der Arbeiterklasse in den Fängen „akademischer Freiheit"

Die Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären und konterrevolutionären Kräften an der Leipziger Universität und zwischen den Universitätsinstitutionen und dem Arbeiter- und Soldatenrat entwickelte sich in den ersten Revolutionsmonaten vor allem, als Truppen von der Westfront in die Stadt zurückkehrten und der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat folgenden Erlaß herausgab:

„Bei der Rückkehr unserer Volksgenossen aus dem Felde ersuchen wir die Bevölkerung, die Häuser durch Flaggen zu schmücken. Dabei wird besonders rote Fahnen zu benutzen. Öffentliche Gebäude sind mit roten Fahnen zu schmücken. Sollten mangels roten Fahnenstoffes die Fahnen der sächsischen, deutschen und Leipziger Farben Verwendung finden, wird gebeten, diese Fahnen mit roten Schleifen sinngemäß zu kennzeichnen." (Leipziger Zeitung, 22. 11. 1918).

Dieser Erlaß löste in der Universitätsleitung Ratlosigkeit und Beunruhigung aus, wie der damalige Rektor Rudolf Kittel in seinen Erinnerungen schreibt: „Der Rektor sagte und holte sich bei mir und anderen Kollegen Rat, ob er etwas dafür, er nicht im Besitz einer roten Flagge sei, beim Arbeiter- und Soldatenrat anfragen sollte, wie er sich unter diesen Umständen zu verhalten habe. Ich mahnte aufs dringendste ab und riet, gar nichts zu tun und alles an sich herankommen zu lassen. Er hielt es aber für sicherer, die Meinung eines gewiegten Juristen einzuholen, und erhielt vom Syndikus des Senats den Bescheid, er solle den Arbeiter- und Soldatenrat fragen, dann sei er der Verantwortung enthoben. Die Frage erfolgte in seinem Auftrag durch die Kanzlei, und die prompte Antwort war: Fahnenstoff sei genug vorhanden, man werde die Fahne liefern. Nach kurzer Zeit war die Fahne da. Das Rentamt, dem sie überbracht wurde, weigerte sich als nicht zuständig, sie aufzuziehen und berichtete an den Rektor. Dieser selbst war durch seine Frage gebunden und mußte wohl oder übel, trotz anfänglicher Weigerung, das Aufziehen wenigstens vorläufig gestatten."

(R. Kittel: Die Universität Leipzig im Jahre der Revolution 1918/19 Stuttgart/Leipzig 1930, S. 14 f.)

Aus den Quellen ist nicht ersichtlich, wer die Fahne schließlich hißte, wobei die in der Literatur geäußerte Ansicht, daß es Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates gewesen sind, sehr wahrscheinlich ist. Sicher ist, daß am 26. November 1918 die rote Fahne, das Symbol der Arbeiterklasse, auf der Universität wehte. Das rief sofort die gegenrevolutionären Kräfte unter den Studenten auf den Plan, die an den Dekan noch am gleichen Tag folgendes Protestschreiben richteten: „Seit heute vormittag weht auf der Universität die rote Flagge. Die Leipziger Studentenschaft hat dem einzelnen die Stellung zur Revolution überlassen. Wir können aber die rote Fahne nicht als Symbol für das deutsche Volk gelten lassen; die Flagge Deutschlands ist noch immer die schwarz-weiß-rote ... Wir legen Verwahrung ein, gegen diese Vergewaltigung der Freiheit/... Wir bitten den Senat, die rote Fahne zu entfernen und, wenn sie durch Gewalt wieder gehißt werden sollte, nur dieser zu weichen!" (Ebenda, S. 15/16)

Daraufhin ersuchte der Rektor den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat, die Fahne wieder entfernen zu lassen und teilte das den Studenten mit.

Da der Arbeiter- und Soldatenrat dem Ersuchen nicht nachkam, schritten die konterrevolutionären Studenten zur Tat. Am schwarzen Brett erschien folgender Aufruf: „Kommilitonen! Die Wissenschaft untersteht nicht der Partei! Rot ist aber Parteifarbe! Also nieder mit der roten Fahne auf der Universität! Einst komme ihr Feuer über die, die sie hissen halfen! Jeder suche einen Gleichgesinnten! Gleichgesinnte schart Euch! Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre! Betretet die Universität nicht, solange die rote Fahne auf ihr weht!"

(S. Ebenda, S. 16)

Doch es blieb nicht bei der Aufforderung zum passiven Widerstand, wie folgende Mitteilung anonym bleibender „feldgrauer Studenten" beweist:

„Die roten Fahnen wehen nicht mehr auf unserer geliebten Alma mater! Wir haben sie heute nacht heruntergeholt nach einer eleganten Kletterei über die Dächer ... Unsere akademische Freiheit war in Gefahr, mit Füßen getreten zu werden; diese Hallen, die der freien Lehr- und Lerntätigkeit gewidmet sind, sollten durch dogmatischen Zwang beeinflußt werden! ... Wollen wir einmal die Führer unseres Volkes werden, dann darf unser Wille und unsere Kraft jetzt, wo es gilt, nicht versagen ... ‚Kraftvoll und treu!' sei unser Wahlspruch. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre." (Ebenda, S. 17 f.)

Daraufhin ließ der Rektor bezeichnenderweise die 1409 der Universität verliehene Fahne des Hauses Wettin aufziehen. Dagegen schritt der Arbeiter- und Soldatenrat ein und veranlaßte, daß die rote Fahne erneut auf dem Hauptgebäude der Universität gehißt wurde.

Mit dieser Seite schließen wir die Beitragsserie über die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland ab. Seit November vergangenen Jahres behandelten unser Kollegiumsmitglied Doz. Dr. Günter Katsch, Prof. Dr. Gerhild Schwendler sowie weitere Autoren eine Vielzahl von Ereignissen während dieser ersten antiimperialistischen Volksrevolution in Deutschland. Wir danken den Autoren für ihre informativen und interessanten Beiträge.

Es verdient hohe Bewunderung, daß in dieser Situation, die unter dem Deckmantel der „akademischen Freiheit" von den konterrevolutionären Studenten (und auch Professoren) ein offener Gesinnungsterror entfesselt wurde, wie der Verlauf von Studentenversammlungen in dieser Zeit beweist, Studenten den Mut fanden, sich zur roten Fahne zu bekennen.

Die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte eine Erklärung, die offensichtlich von der „Revolutionären Studentengruppe", in der Eugen Ortner und Hans Bohla, eine führende Rolle spielten, verfaßt worden war: **„Die roten Fahnen auf der Leipziger Universität sind von ‚mehreren feldgrauen Studenten' heruntergerissen worden. Wohin die Sinnesrichtung dieser Herren zielt, sieht man daraus, daß ausgerechnet die Fahne des Hauses Wettin aufgezogen werden mußte. Auch wir haben jahrelang im Felde gestanden, wir haben uns zuschanden schießen lassen, aber wir wissen besser als jene Tollköpfe, warum wir gekämpft und gelitten haben. Das war notwendig, um die Entwicklung der Weltgeschichte zu beschleunigen, die sozialistische Republik zu schaffen. Darum begrüßen wir die rote Fahne als ein Symbol der neuen Zeit ... Wir sind auf der Universität noch die Minderheit. Aber das muß gesagt werden, daß es außer denen, die die Phrasen der akademischen Freiheit und der Ehre im Munde führen, auch noch andere Studenten gibt, Studenten, denen die Erinnerung an 1848 noch nicht geschwunden ist, als Studenten und Arbeiter vereint auf den Barrikaden kämpften ..."** (Leipziger Volkszeitung, 30. 11. 1918)

Ihre ideologischen Gegner, die die Mehrheit bildeten, waren nicht gewillt, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu beugen. Noch am 29. November — dem Tag an dem die Flaggen erneut aufgezogen worden waren — fand eine allgemeine Studentenversammlung mit dem Ziel statt, die Handlung der Provokateure billigen zu lassen und die Fahnen ein zweites Mal, diesmal in aller Öffentlichkeit, herunterzuholen. Beides gelang, wenn auch von dem Studenten Hans Bohla herbeigerufene Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates den 1. Vorsitzenden des Studentischen Vertretungsausschusses Heinrich Landahl und drei weitere Wortführer der studentischen Konterrevolutionäre für zwei Stunden (!) verhafteten. Hans Bohla mußte für seine mutige Tat nicht nur das offen zur Schau getragene feindselige Verhalten vieler Studenten ihm gegenüber in Kauf nehmen, sondern sich vor dem Universitätsgericht verantworten, das ihn „auf Wegweisung von der Universität mittels Consilium abeundi auf 6 Monate" verurteilte (UAL, Akte Bohla, Bl. 14). Die Inkonsequenz des von dem USPD-Funktionär Friedrich Seger geführten Arbeiter- und Soldatenrates auch gegenüber den konterrevolutionären Kräften an der Universität sollte sich rächen. Als am 26. Februar 1919 die Arbeiter Leipzigs in den Generalstreik traten und der reaktionäre Bürgerausschuß von Leipzig, zum Gegenstreik aufforderte, teilte der von Landahl geführte Vorstand des „Allgemeinen Studentenausschusses" mit: „Die in der Universität versammelte Studentenschaft glaubt, daß es Pflicht der Universität ist, fest und geschlossen Seite an Seite mit denen zu stehen, die für Ordnung und Recht gegen den Terror einer Minderheit zu kämpfen entschlossen sind. Sie ist überzeugt, daß eine Geschlossenheit nur dann zu erzielen ist, wenn die Universität geschlossen wird." (UAL, Akte Terror gegen die Universität, Bl. 29). Bereits am nächsten Tag, am 4. März 1919 verfügte der Rektor die Schließung der Universität, die sich damit dem konterrevolutionären Bürgerstreik anschloß.

Diese Vorgänge an der Leipziger Universität beweisen einerseits die in der „Illustrierten Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919" getroffene Wertung, daß die im Sinne des deutschen Imperialismus und Militarismus erzogenen Studenten die Novemberrevolution als „nationale Katastrophe" betrachteten und daß sich viele für die Freikorps zur Niederschlagung der Revolution anwerben ließen. Andererseits verdient es stärker hervorgehoben zu werden, daß sich fortschrittliche Studenten unter schwierigen Bedingungen für die Ideale des Sozialismus einsetzten.

Günter Katsch/Gerhild Schwendler

Auch an der Universität Leipzig wurde für den Eintritt in konterrevolutionäre Freikorps geworben.

Studentenakte von Hans Bohla (Vorderseite der Registraturkarte).

Protest der Universität Greifswald gegen das Aufziehen einer roten Fahne auf einem Universitätsgebäude.

Die Novemberrevolution - die erste antiimperialistische Volksrevolution in Deutschland

— Bilanz eines Jubiläums —

Anläßlich des 60. Jahrestages der Novemberrevolution und der Gründung der KPD sind eine Reihe von Publikationen, aus denen der gegenwärtige Forschungsstand und die künftigen Aufgaben ersichtlich sind, erschienen:

An erster Stelle ist die **„Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919"**, ein inhaltsreiches, gut geschriebenes und ausgestattetes Werk, das eine bedeutende wissenschaftliche Leistung darstellt, zu nennen. In dem Buch werden die grundlegenden Lehren und Erkenntnisse der Novemberrevolution verdeutlicht. Den Vf. gelang es, die Aktionen der Volksmassen und die Machenschaften der konterrevolutionären Kräfte anschaulich zu schildern. Sie weisen nach, daß die Novemberrevolution das Ergebnis gesetzmäßig historischer Prozesse war. Ferner stehen die Analysen des Programms der Spartakusgruppe, das den Hauptstoß gegen Imperialismus und Militarismus richtete, die Behandlung des Spartakusbundes und der KPD als der konsequentesten Kräfte der Revolution und ihrer Charakteristik als Volksrevolution im Mittelpunkt des Text-Bild-Bandes. Als weitere zentrale politische und theoretische Probleme werden die Aktionen der Volksmassen, die dafür kämpften, die Gesellschaft grundlegend umzugestalten; die Losungen „Alle Macht den Räten" und „Nationalversammlung", in denen sich unterschiedliche Klassenpositionen ausdrückten; die Politik der zentristischen Führer sowie das Bündnis von Imperialismus, Militarismus und Opportunismus untersucht.

Das Buch ist die erste umfassende Geschichte der Novemberrevolution, die den 1974 im Grundriß „Klassenkampf — Tradition — Sozialismus" fixierten Veränderungen in der Bestimmung des Charakters und der Periodisierung der Novemberrevolution Rechnung trägt. Die Zeit nach den Wahlen zur Nationalversammlung bis zur Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik ist ebenso ausführlich analysiert worden wie die vorausgegangenen Monate. Zu den Verdiensten der Vf. zählt, daß sie die Berechtigung der neuen Periodisierung überzeugend bewiesen haben. In der Charakterisierung dieser dritten und letzten Phase der Novemberrevolution gehen sie über den „Grundriß" hinaus, indem sie belegen, daß es sich keineswegs lediglich um Abwehrkämpfe handelte, sondern daß sich in der deutschen Arbeiterklasse eine Linksentwicklung vollzog, daß typisch proletarische Kampfforderungen wie die nach Sozialisierung, wirklicher Mitbestimmung der Räte in den Betrieben und Errichtung der Rätemacht den Kämpfen das Gepräge gaben. Der Text steht in unmittelbarer Verbindung zu nahezu 900, teilweise farbigen Bildern und neun Karten.

Populärwissenschaftlichen Charakter tragen die Schrift **„Novemberrevolution"** von W. Ruge (vgl. die Rezension in UZ Nr. 14/1979) und die **14 Folge der „Illustrierten historischen Hefte"**. Wie aus dem Titel „Revolutionstage November 1918" bereits hervorgeht, hat sich der Vf. auf eine Schilderung der Ereignisse vornehmlich in Berlin am 9., 10. und 11. November konzentriert. Der Einschub „Revolution über Deutschland" und eine Karte über die Ausbreitung der Rätebewegung vom 4. bis 10. November gestatten ebenso wie zwei chronikartige Abrisse über die Zeit von 1887 bis zum 5. November 1918 bzw. vom 14. November 1918 bis zur Niederschlagung der Münchener Räterepublik die Einordnung jener dramatischen Tage in den historischen Prozeß.

Nahezu ausschließlich dokumentarischen Charakter trägt das Anschauungsmaterial „Novemberrevolution 1918/1919" (vgl. die Annotation in UZ Nr. 45/1978).

Für einen breiten Leserkreis ist auch der **Sammelband „Gewalten und Gestalten"** bestimmt, der — untergliedert nach drei Abschnitten — (Volkserhebung gegen Krieg und Imperialismus", „Entscheidungskampf zwischen sozialistischer Revolutionsbewegung und bürgerlicher Konterrevolution", „Im Spannungsfeld von ‚Geist und Macht'") 29 Porträts von Akteuren der Novemberrevolution enthält. (Vgl. die Rezension in UZ, Nr. 45/1978).

Während die bisher genannten Werke der Novemberrevolution in ihrer Gesamtheit gewidmet sind, haben sich andere Autoren einzelnen Problemen zugewandt. So legte I. Materna als erster Historiker der DDR eine **Gesamtdarstellung über den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte** vor (Vgl. die Rezension in UZ Nr. 15/1979).

L. Berthold und W. Neef haben mit dem Dokumentenband **„Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution"** sich das Ziel gestellt, „die arbeiterfeindliche Politik des Revisionismus in Gemeinschaft mit dem Antihumanismus und Terror des Militarismus in der Novemberrevolution" nachzuweisen. Noch vor dem Jubiläum erschien das Buch von H. Wohlgemut **„Die Entstehung der KPD"**. Der Vf., Professor an der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, läßt sich davon leiten, daß mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein letztes Stadium die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung vor die Aufgabe gestellt wurde, „die Theorie des Marxismus weiterzuentwickeln, die bisherigen Kampf- und Organisationsformen zu überprüfen und die Organisation wie die gesamte Parteiarbeit auf die neuen Kampfbedingungen umzustellen ... Die bestehenden Arbeiterparteien mußten sich zu Parteien von neuem Typus entwickeln ..."

In sieben Kapiteln wird — ausgehend von der Charakteristik der deutschen Linken als politisch-ideologische Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung — ihr Weg über die Bildung der Spartakusgruppe und des Spartakusbundes bis zur Parteigründung detailliert verfolgt.

Mit der „Illustrierten Geschichte ..." liegt ein Standardwerk vor, das über Jahre hinaus Gültigkeit besitzt. Es sind zukunftsträchtige Themen aufgegriffen und bearbeitet worden. Neben den wissenschaftlichen Publikationen haben die Verlage mehrere populärwissenschaftliche Darstellungen herausgegeben. Neue Fragestellungen und genauer gefaßte Themen sind fixiert worden und harren der weiteren Erforschung. Der Wert lokalgeschichtlicher Untersuchungen wurde erneut bestätigt.

G. K.

SLUB
Wir führen Wissen.